

"Soll der Europäischen Atomgemeinschaft der Todesstoß versetzt werden? in La France catholique (25. März 1966)

Legende: Am 25. März 1966 hinterfragt die französische Zeitung La France catholique die tatsächlichen Gründe für das Scheitern der Politik Euratoms und fordert eine Neuorganisation der Forschungsprogramme der Europäischen Atomgemeinschaft (EAG).

Quelle: La France catholique. 25.03.1966. [s.l.]. "Veut-on tuer l'Euratom", auteur:Frisch, Alfred.

Urheberrecht: (c) Übersetzung CVCE.EU by UNI.LU
Sämtliche Rechte auf Nachdruck, öffentliche Verbreitung, Anpassung (Stoffrechte), Vertrieb oder Weiterverbreitung über Internet, interne Netzwerke oder sonstige Medien für alle Länder strikt vorbehalten. Bitte beachten Sie den rechtlichen Hinweis und die Nutzungsbedingungen der Website.

URL:

http://www.cvce.eu/obj/soll_der_europaischen_atomgemeinschaft_der_todessto%C3%9F_versetzt_werden_in_la_france_catholique_25_marz_1966-de-4ecdf785-efoc-4e65-8ff2-345f44692276.html



Publication date: 06/07/2016

Soll der Europäischen Atomgemeinschaft der Todesstoß versetzt werden?

Die Forschung, das Stiefkind Europas

von Alfred Frisch

Zum Glück haben Deutschland und Frankreich auf die persönliche Initiative Kanzler Erhards hin gerade beschlossen, ihre Zusammenarbeit im Bereich der wissenschaftlichen und technischen Forschung zu verstärken. Nachdem die deutsche Regierung über einen zu langen Zeitraum hinweg trotz verschiedener Anstrengungen von französischer Seite eine gewisse Gleichgültigkeit an den Tag gelegt hatte, hat sie nun begriffen, dass die Grenzen der einzelstaatlichen Anstrengungen in einem so komplizierten wie teuren Bereich immer enger werden.

Ein erstes Projekt ist übrigens bereits beschlossen worden. Es handelt sich hierbei um den gemeinsamen Bau eines atomaren Forschungsreaktors in Grenoble. Das Vorhaben wird im Rahmen eines Instituts umgesetzt, das von einem deutschen Professor geleitet wird und über 100 Personen beschäftigt. Nun macht eine Schwalbe noch keinen Sommer und eine einzelne zwischenstaatliche Entscheidung führt nicht immer zu einer tatsächlichen Koordinierung der Forschung. Die Situation für Europa sieht derzeit in dieser Hinsicht wirklich düster aus. Hat Großbritannien nicht gerade seine Absicht kundgetan, sich aus der gemeinsamen europäischen Organisation zurückzuziehen, die damit beauftragt ist, eine leistungsstarke Rakete zu bauen, um einen großen europäischen Satelliten in den Weltraum zu schießen – und das aus falsch verstandener Sparsamkeit?

Die Situation der Europäischen Atomgemeinschaft (Euratom) erscheint den qualifizierten Beobachtern besonders kritisch. Ohne zu übertreiben müssen sie sich ganz offen die Frage stellen, ob die Regierungen der Mitgliedstaaten weiterhin am Erfolg der Europäischen Atomgemeinschaft interessiert sind oder ob sie diese Institution zu einem langsamen Tod verurteilen wollen.

Nach dem Scheitern des Plans einer europäischen Armee im August 1954 war die europäische Zusammenarbeit im nuklearen Bereich von allen als einzig möglicher Ausweg aus einer schlimmen Krise angesehen worden. Doch dann hat der Erfolg des gemeinsamen Marktes die Europäische Atomgemeinschaft schnell in den Hintergrund gedrängt. Dennoch ist dies kein Grund, um eine wirkliche europäische Chance zu vertun und diese Gemeinschaft nicht richtig funktionieren zu lassen.

Bevor wir auf die Schwierigkeiten der Atomgemeinschaft zu sprechen kommen, ist es sinnvoll, noch einmal kurz an ihre Grundsätze und Ziele zu erinnern: die Koordinierung der Forschungsprogramme der Mitgliedsländer; die Einrichtung gemeinsamer Forschungszentren, die den gesamten wissenschaftlichen Tätigkeiten im atomaren Bereich einen Impuls aus der Gemeinschaft verleihen; die Entwicklung von rentablen Leistungsreaktoren, um die Versorgung Europas mit atomarer Energie zu günstigen Bedingungen sicherzustellen; die Verstärkung der Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Atomindustrie.

Will man die derzeitige Situation der Europäischen Atomgemeinschaft darstellen und will man sich eine Vorstellung davon machen, auf welche Weise dieser lobenswerte und notwendige europäische Versuch eine Niederlage erlitten hat, reicht die Feststellung aus, dass das erste Ziel noch nicht einmal teilweise erreicht worden ist. Diejenigen, die die Gemeinschaft wieder beleben wollen, trauen sich nicht einmal mehr, die Koordinierung der nationalen Forschungsprogramme zu verlangen. Sie fordern nur ganz bescheiden, dass ein obligatorischer und regelmäßiger Vergleich vorgenommen wird, um so die Regierungen dazu zu bringen, konkret und mit Nachdruck darüber nachzudenken, wie nützlich eine mehr oder weniger vernünftige Koordination wäre.

Die Anstrengungen, die bei der Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft gemeinsam hätten unternommen werden sollen, wurden stattdessen von einer unglaublichen Zersplitterung begleitet. Jeder einzelne Mitgliedstaat wollte sich einen möglichst großen Anteil an der Masse der verfügbaren europäischen Kredite sichern. Es mussten zahlreiche gemeinsame Forschungszentren in Belgien, Deutschland, Italien und den Niederlanden eingerichtet werden, anstatt ein oder zwei große Laboratorien zu gründen.

Außerdem musste die Zahl der Partnerschaftsverträge multipliziert werden, damit die Europäische Atomgemeinschaft gleichzeitig eine große Anzahl nationaler Projekte jeder Art nach dem Gießkannenprinzip unterstützen konnte, ohne jedoch wirklich Einfluss auf sie ausüben zu können und ohne sich finanzieller Druckmittel zur Koordinierung der Forschung zu bedienen. Die nationalen Laboratorien gaben offensichtlich finanziellen Minderheitsbeteiligungen von Seiten der Europäischen Atomgemeinschaft den Vorrang.

Im Prinzip war jeder Kredit an die Verpflichtung geknüpft, europäische Wissenschaftler oder Atomtechniker, die im Namen der Europäischen Atomgemeinschaft arbeiten, an das ausgewählte innerstaatliche Forschungszentrum zu schicken, um dort für eine organische Verbindung innerhalb Europas zu garantieren. Leider hat der Ministerrat der Europäischen Atomgemeinschaft mehrfach die zur Einstellung dieser Techniker notwendigen Kredite verweigert, von daher haben die meisten Partnerschaftsverträge nur noch einen begrenzten europäischen Wert.

Um wieder Ordnung zu schaffen, wäre es vonnöten, der Assoziierungspolitik einen ausschließlich europäischen Charakter zu geben und sie nicht mehr als Instrument zur Verteilung von Euratom-Krediten im nationalen Interesse anzusehen. Des Weiteren müsste der Großteil der Anstrengungen auf die Entwicklung moderner und rentabler Reaktoren in einem oder zwei gut ausgestatteten europäischen Forschungszentren konzentriert werden, was bedeuten würde, einige Forschungszentren umzugestalten, die aus Rücksicht auf kaum vertretbare nationale Forderungen eingerichtet worden waren.

Leider befindet sich die Europäische Atomgemeinschaft noch nicht auf diesem Weg. Ihr letztes Forschungsbudget ist zweifelsohne ziemlich beeindruckend – es beläuft sich für das laufende Jahr auf knapp 100 Millionen Dollar –, ist aber aufgrund der großen Streuung der Bemühungen unzureichend. Die nationalen Regierungen wollen nicht verstehen, dass eine gute Nutzung des Zentrums Ispra mit zunehmenden Ausgaben einhergehen muss, in dem Maße, in dem die Forschungen voranschreiten. Der Ministerrat hat eine Erhöhung der Kredite für Ispra genauso abgelehnt wie den Stopp einer gewissen Zahl von zweitrangigen Projekten in Ispra oder anderswo. Dadurch aber hätten die Verantwortlichen ihre wichtigsten Forschungen in angemessener Form entwickeln können.

Die Europäische Atomgemeinschaft gerät also immer mehr in eine Sackgasse. Ihre einzige Hoffnung besteht in der eventuellen Zusammenlegung der Exekutivorgane zu einer einzigen Kommission, die in der Lage wäre, die europäischen Interessen über die der nationalen Regierungen zu stellen, anstatt sich als gewissenhafter Verwalter nationaler Interessen zu verstehen, wie es zu häufig bei der derzeitigen Kommission der EAG der Fall war.

Um sich des dramatischen Charakters der Situation bewusst zu werden, möchten wir unseren Lesern einige Zahlen zur Betrachtung geben: Die sechs Mitgliedstaaten des Binnenmarktes haben 1964 für Forschung und Entwicklung im Kernbereich ungefähr 800 Millionen Dollar ausgegeben. Das entspricht ungefähr der von den Vereinigten Staaten verwendeten Summe. Nun sind jedoch die USA in der Lage, weltweit wettbewerbsfähige Leistungsreaktoren anzubieten, während die europäische Kernindustrie noch weit von ihrer Höchstleistung entfernt ist.

Des Weiteren haben diese 800 Millionen Dollar 20 % des Gesamtwertes des 1964 innerhalb des Gemeinsamen Marktes produzierten Stroms dargestellt. Gegenüber dem Umsatz stellt dies eine höchst ungewöhnliche Forschungsquote dar. Daraus kann man schließen, dass bedauerlicherweise und zu unserem Nachteil Mittel verschwendet werden, was eine vernünftige Umorganisation der Europäischen Atomgemeinschaft notwendiger denn je macht.